

# AfD-Fraktion im Kreistag Gießen



FRAKTION IM GIESSENER KREISTAG

Vorlage Nr.: 1183/1 2023

Antrag AfD-Fraktion

Mit Antrag  
auf direkte  
Ausschußberatung

03.11.2023

## „Austritt aus den Bündnissen Seebrücke und Städte Sichere Häfen“

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Spandau,

die AfD-Fraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung und vorab auf die Tagesordnung des Kreistagsausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Ehrenamt zu nehmen:

### *Der Kreistag möge beschließen:*

Der Landkreis Gießen tritt aus den Bündnissen „Seebrücke“ und „Städte Sichere Häfen“ aus und beendet damit einhergehende Verpflichtungserklärungen zur erweiterten „Flüchtlingsaufnahme“.

### *Begründung:*

Die Kommunen, die für die Unterkunft und soziale Betreuung von Flüchtlingen per Gesetz zuständig sind, stoßen mittlerweile an ihre Grenzen. Bezahlbarer Wohnraum ist auch im Landkreis Gießen knapp, die Kapazitäten in Kitas und Schulen sind ausgeschöpft, es gibt keinen Spielraum mehr, um eine ordentliche Betreuung und Beschulung aller Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Die ärztliche Versorgung steht ebenfalls auf der Kippe. Die finanziellen Belastungen der Kommunen sind für die Bürger mehr und mehr spürbar. Der gesellschaftliche Zusammenhalt im Landkreis Gießen ist zunehmend gefährdet, es muss deshalb eine Begrenzung der Zuwanderung geben.

Hunderte Städte und Gemeinden erklärten sich vor einigen Jahren selbst zu „sicheren Häfen“ für nach Deutschland strömende Asylbewerber. Koordiniert wurde die Aktion von der Pro-Migrations-Gruppierung „Seebrücke“. Diesem Bündnis war der Landkreis Gießen bereits am 01.07.2020 beigetreten, später wurde der Landkreis dann auch Teil des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“. In der aktuellen Lage ist es zwingend erforderlich, die Mitgliedschaft im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ sowie in der „Seebrücke“ zu widerrufen.

Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ vereint bundesweit Kommunen, Gemeinden und Landkreise, die sich mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer solidarisieren. Sie verbindet die Bereitschaft, aus Seenot gerettete bzw. in überfüllten Aufnahmelagern gestrandete „Schutzsuchende“ zusätzlich zu einer fest ausgehandelten Zuweisungsquote aufzunehmen.

Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bekräftigte gegenüber der Bundesregierung das Angebot zur Unterstützung und zur zusätzlichen Aufnahme – was einem Übererfüllungsanspruch bei der kommunalen Unterbringung von „Flüchtlingen“ gleichkommt und womöglich sogar zu einem



Überbietungswettbewerb unter den Kommunen führt, die immer mehr zusätzliche „Flüchtlinge“ unterbringen möchten.

Die Bürger werden dabei nicht gehört und über ihre Steuern bzw. Abgaben gemeinschaftlich zur Kasse gebeten. Andere Städte und Gemeinden in Deutschland wagen inzwischen den Absprung: Die Stadt Cottbus beschloss mehrheitlich die zentrale Positionierung im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ zurückzunehmen, gemäß der die Bündnispartner freiwillig mehr Migranten aufnehmen als gesetzlich vorgeschrieben sind. Es ist Zeit für den Landkreis Gießen, diesem Beispiel im Sinne der Bürger Folge zu leisten.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "J. Bauer".

**Jörn Bauer**  
Fraktionsvorsitzender

Beschluss des Kreistags vom:

Die Vorlage wird - mit Zusatzbeschluss -  
genehmigt - nicht genehmigt - zurückgestellt

Zur Beglaubigung